

Stadt Meerbusch

Der Bürgermeister
Fachbereich 5
Az.: 5.66.11.03 Tr/Ra

April 2006

An die
Damen und Herren
des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften

Beratungsvorlage

zu TOP 1.0 der Sitzung des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften am 09.05.2006

Umbau der B 9 in der Ortslage Büderich Zustimmung zum geänderten Vorentwurf

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften des Rates nimmt den in der Sitzung am 17. Januar 2006 vorgestellten Vorentwurfes zustimmend zur Kenntnis, wobei dieser entsprechend den Erwidernungen zu den Bürgeranregungen anzupassen ist. Weiterhin beauftragt er die Verwaltung, die weiteren Planungsschritte des Landesbetrieb . Straßen . NRW aktiv zu begleiten, um die städtischen Interessen zu wahren. Über das laufende Planverfahren ist der Ausschuss regelmäßig zu informieren.

Begründung:

Der Landesbetrieb . Straßen. NRW hat in der Sitzung des Ausschusses am 17. Januar 2006 seine Planungsüberlegungen für die Erneuerung der B 9 in der Ortslage Büderich von Erlenweg bis Laacher Weg vorgestellt.

Gemäß Beschluss in der letzten Sitzung des Ausschusses am 7. März 2006 fand am 27. März 2006 eine Bürgerinformation statt. Ergänzend wurden die Pläne für eine Woche im Dr.-Franz-Schütz-Platz ausgelegt.

Im Zuge der Bürgeranhörung bzw. der Planauslegung und nachfolgend sind aus der Bürgerschaft 10 unterschiedliche Einwändungen von 38 Einwändern und jeweils eine Stellungnahme von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD eingegangen. Wegen des Einganges des SPD-Antrages am 26.04.2006 konnte hier eine schriftliche Erwidernung des Landesbetrieb . Straßen. NRW nicht mehr erfolgen. In der Sitzung erfolgt –sofern im Hinblick auf die Erwidernungen zu übrigen Einwändern erforderlich- eine mündl. Stellungnahme. Darüber hinaus hat die Stadtverwaltung Anregungen und Ergänzungswünsche vorgebracht.

Zu den Einwändungen und Anregungen hat der Landesbetrieb . Straßen . NRW Stellung genommen (siehe Anlagen). In wesentlichen Teilen konnte den Anregungen der Bürgerschaft und der Verwaltung gefolgt werden. In der Sitzung wird der Landesbetrieb.Straßen.NRW seine Erwidernungen und Lösungsvorschläge zu den Einwändungen auf Nachfrage erläutern.

Aus Sicht der Verwaltung stellt der nunmehr geänderte Vorentwurf die Lösungsmöglichkeit dar, die zum Bauentwurf weiter entwickelt werden und dann auch umgesetzt werden sollte. Über den Fortgang der weiteren Planbearbeitung ist eine laufende Unterrichtung des Ausschusses vorgesehen.

Lösung:

Die Verwaltung schlägt vor, auf Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfes die Pläne baureif zu machen und die Baumaßnahme umzusetzen.

In Vertretung:

N o w a c k
Erster Beigeordneter

Anlagen